

les Parasitentum, zunehmende Spekulation mit Lebensmitteln, Korruption. Besondere Gefahr drohe durch „bestimmte Arbeitsbedingungen“, mit denen eine „Isolierung durch öfteren Ortswechsel“ verbunden sei. Weitere Abschnitte sind der „Würde und Gleichstellung der Frau“ und einer „geeigneten Sexualerziehung“ gewidmet, die „verantwortungsloser Liebe“ und sexuellem Egoismus gegensteuern soll. Breiten Raum nehmen Fragen der *Familienplanung* ein. Die Bischöfe weisen auf den Mangel an ange-

messener Gesundheitsvorsorge hin, auf Mängel auch im physischen, psychologischen, wirtschaftlichen und politischen Bereich, die es den Familien nicht erlauben, eine zahlreiche und gesunde Nachkommenschaft zu haben. Sie betonen in diesem Zusammenhang, daß „das Recht und die Pflicht, über Kinderzahl und ihre Erziehung zu entscheiden, bei den Ehegatten liegt und bei sonst niemandem“, obgleich sie in dieser Angelegenheit nicht willkürlich handeln dürften.

Zeitschriftenschau

Theologie und Religion

STUHLMACHER, PETER. **Jesu vollkommenes Gesetz der Freiheit.** Zum Verständnis der Bergpredigt. In: Zeitschrift für Theologie und Kirche Jhg. 79 Heft 3 (September 1982) S. 283–322.

Der Aufsatz des Tübinger Neutestamentlers ist ein wichtiger Beitrag zur gegenwärtigen Diskussion über die Relevanz der Bergpredigt für das christliche Handeln. Im exegetischen Teil kommt er zum Ergebnis: „Die Bergpredigt ist eine auf alter Tradition beruhende katechetische Redekomposition des Matthäus, die beispielhaft Jesu Lehre von der neuen Gerechtigkeit darstellen soll.“ Ein Durchgang durch die Auslegungsgeschichte zeigt, daß gegenwärtig alle wichtigen Interpretationsmodelle von der kompromißlosen altkirchlichen Deutung über die Zweistufenethik bis zur Trennung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik nebeneinander vertreten werden. Stuhlmacher plädiert für ein heutiges Verständnis der Bergpredigt, das sich an dem von Jesus und vom Evangelisten Matthäus vorgezeichneten Verstehensmodell orientiert: „Jesu in der Bergpredigt zusammengefaßtes vollkommenes Gesetz der Freiheit ist ein Aufruf zur praktischen Nachfolge und zur Tat der Liebe.“ Allerdings gelte weiter der Unterschied zwischen der Beherzigung der Bergpredigt vor Gott und der Gemeinde und der Praxis der Gebote Jesu unter den Bedingungen der uns umgebenden sozialen und politischen Welt. Der Aufsatz exemplifiziert seine Grundthese an den vier Bereichen Sündenvergebung, Armut und Besitz, Ehe und Ehescheidung und Feindesliebe und Gewaltverzicht. So folgte aus Jesu Selbpreisung der Armen der Auftrag zu einer missionarisch motivierten Erziehung zur Anspruchsminderung und zum Besitzverzicht zugunsten der Armen und Ausgebeuteten in der Welt.

KASPER, WALTER. **Christologie und Anthropologie.** In: Theologische Quartalschrift Jhg. 162 Heft 3 (1982) S. 202–221.

Das Verhältnis von Christologie und Anthropologie läßt sich sowohl formal-hermeneutisch wie inhaltlich angehen. Für den erstgenannten Aspekt greift Kasper auf die von der Theologie grundsätzlich rezipierte anthropologische Wende des neuzeitlichen Denkens zurück und kommt zu einer dreifachen Relation zwischen den theologischen Aussagen über den Menschen und über Je-

sus Christus: Christologie setzt den Menschen als „freies, zum Hören und zur Antwort fähiges Subjekt“ voraus, sie setzt ihn aber als offenes und steigerungsfähiges Wesen voraus, der damit auf Gott angewiesen ist; die christologische Bestimmung des Menschen ist zugleich die Krise seiner Selbstbestimmung als Sünder. Die materiale Verhältnisbestimmung gewinnt Kasper aus dem traditionellen Schema der drei Ämter Christi. Das Prophetenamt Jesu Christi bedeutet, daß in ihm die menschliche Urfrage nach der Wahrheit beantwortet wird. Sein priesterliches Amt verweist auf die Erlösungsbedürftigkeit des Menschen, die wieder neu herausgestellt werden sollte. Das Hirtenamt schließlich greift die Hoffnung der Menschheit auf ein Reich des Friedens und der Gerechtigkeit auf: „In Jesus Christus wird gleichsam wie im Bild und im Gleichnis sichtbar, was Freiheit, Gerechtigkeit, Friede sind.“

Kultur und Gesellschaft

KÜNNETH, WALTER. **Die Ideologie des Pazifismus – eine Staatsgefährdung?** In: Zeitschrift für Politik Jhg. 29. Heft 3 (August 1982) S. 282–294.

Aus der Perspektive des Autors sind die Ausstrahlungen der in der Friedensbewegung konzentrierten Forderungen in ihrer politischen Dimension nicht zu unterschätzen, und er versucht, „wesentliche Gefahrenquellen“ aufzuzeigen. So erwecke z. B. die „Überflutung mit Friedensparolen“ in der breiten Öffentlichkeit nicht nur das Empfinden einer allgemeinen politischen Friedensgefährdung, sondern auch die Auffassung, „daß dieser leidenschaftliche Friedensappell sich durchaus in Einklang mit dem staatspolitischen Grundwert des Friedens befindet“. Weiter gehöre die „Friedensbewegung“ zur Vorhut und Wegbereitung für die Realisierung der „Utopie des Weltfriedens“; dieser habe jedoch „mit der christlichen Botschaft des ‚Gottes- und Christusfriedens‘ nichts gemein“. In der Konsequenz dieser „illusorischen Weltdeutung“ liege die innere Distanzierung der Staatsgebundenheit sowie die Fehleinschätzung einer politischen Machtordnung, sie trage außerdem „den Keim der Zersetzung politischer Machtübung“ in sich. Weitere negative politische Auswirkungen erkennt der Autor in den „peinlichen“ antiamerikanischen Tendenzen und der „zunehmenden Lähmung des Wehr- und Verteidigungswillens“; für die Position der Bundesrepublik in der Weltpolitik, so Künneth, hätte eine noch weitere Ausbreitung der Friedensideologie „katastrophale Folgen“.

URFF, WINFRIED VON. **Ansatzpunkte zur Verbesserung der Ernährungssituation in der Dritten Welt.** In: Universitas Jhg. 37 Heft 8 (August 1982) S. 843–849.

Zwar wird der Nahrungsmittelhilfe von außen für die Entwicklungsländer auch in Zukunft eine wichtige Bedeutung zukommen. Die bisherigen Erfahrungen hätten auch, so Urff, gezeigt, daß mit der Gewährung von Nahrungsmittelhilfe in akuten Notsituationen die Gefahr negativer Auswirkungen auf die Inlandsproduktion geringer sei, als häufig vermutet. Dennoch könne die wichtigste Ursache für Mangelernährung in Entwicklungsländern, für die der Autor „die Beschränkung des Zugangs zu produktiven Ressourcen“ verantwortlich macht, nur durch Agrarreformen beseitigt werden. Ohne eine Erhöhung der Erträge je Flächeneinheit und eine weitere Steigerung der Bewirtschaftungsintensität sei das Ernährungsproblem nicht zu lösen. Vor allem eine umfassende Reform des Pachtrechts, die für geordnete und dauerhafte Rechtsverhältnisse Sorge, sei in diesem Zusammenhang unerlässlich; erforderlich sei aber auch eine effizientere Nutzung der Produktionsflächen. Für eine Ausnutzung des Produktionspotentials müsse die Preispolitik so eingesetzt werden, daß sie Anreize für die Produktion biete. Eine Lösung des Ernährungsproblems in den Entwicklungsländern werde den Industrieländern aber auch „mehr Opfer abverlangen, als sie bisher für diese Aufgabe erbracht haben“.

Kirche und Ökumene

KIRCHMAYR, ALFRED. **Zur psychischen Situation von Theologiestudenten.** In: Dialektikon Jhg. 13 Heft 5 (September 1982) S. 337–346.

Der Beitrag informiert über die psychische Situation von Laientheologen, deren Belastbarkeit nicht zuletzt insofern von Interesse ist, als sie in der Regel ihr Berufsfeld im kirchlich-pastoralen oder religionspädagogischen Dienst finden. Anhand von zwei einander ergänzenden und korrigierenden Testreihen kommt der Autor zu einigen signifikanten Abweichungen der Theologiestudenten im Vergleich zum Bevölkerungsdurchschnitt. So stellt er z. B. ein „geringes Ausmaß an spontaner Aggressivität“ fest, d. h., direkte Aggressionsäußerungen in Wort und Tat sind selten bzw. können nicht offen geäußert werden. „Extrem niedrig“ sind die Werte für reaktive Aggression bzw. Dominanzstreben und Durchsetzung

eigener Interessen. Auffällig ist ein hoher Wert für „Irritierbarkeit“, was auf mangelnde Gelassenheit und leichte Enttäuschbarkeit schließen läßt. Dazu eher im Widerspruch befindet sich ein erhöhter Wert für Geselligkeit und Kontaktbedürfnis. Zum Ausdruck kommen im Vergleich weiter eine massive Verslossenheit, übertriebene Beschäftigung mit sich selbst, Bedrücktheit und Isolation; Ergebnisse, die den Autor dazu veranlassen, eine bessere spirituelle Begleitung und hochschuldidaktische Reformen zu fordern.

PLANER-FRIEDRICH, GÖTZ. **Sozialethische Urteilsbildung im Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR.** In: Zeit-

schrift für Evangelische Ethik Jhg. 26 Heft 3 (Juli–September 1982) S. 246–278.

Der Autor, Referent der Studienabteilung beim Evangelischen Kirchenbund der DDR, geht davon aus, daß die Aktualisierung und Anwendung der für den Protestantismus „klassischen“ Modelle Zweireichelehre und Königsherrschaft Christi inzwischen zu ihrer Relativierung für die sozialetische Urteilsbildung in den DDR-Kirchen geführt habe. Der sozialistische Gesellschaftsaufbau, die Entwicklung im ökumenischen Bereich und die weltweiten Gefahren stellten sie vor ganz neue ethische Herausforderungen. Er unterscheidet drei Ebenen: Das Verhalten auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene sieht er durch

den Verzicht auf die kontroverse ideologische Auseinandersetzung von seiten der Kirche gekennzeichnet. Auf der zweiten Ebene gehe es um einen verantwortlichen Kompromiß zwischen Anpassung und Verweigerung, der kirchlich-staatliche Sachgespräche in Teilbereichen einschleife. Auf der dritten Ebene hätten die evangelischen Kirchen der DDR die christliche Gemeinde als innergesellschaftliche, aber vom ideologischen Überbau relativ unabhängige Größe erkannt, wo die sozialetischen Einsichten der Kirche ihr Bezugsfeld und den Ort ihrer Konkretisierung hätten. Die sozialetische Position der DDR-Kirchen sei nicht aus allgemeinen theologischen Kategorien ableitbar und kenne auch keine einheitliche politische Grundentscheidung.

Personen und Ereignisse

Papst *Johannes Paul II.* will 1983 und 1984 auf zwei Reisen sechs mittelamerikanische Länder besuchen. Unter Berufung auf den Erzbischof von Guatemala, Kardinal *Mario Casariego*, berichtete die italienische Nachrichtenagentur Ansa, der Papst wolle Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua und Panama besuchen.

Ein Grußwort richtete Kardinal *Joseph Höffner* an den achten Bundeskongreß des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschland. Die christlichen Gewerkschaften hätten sich den Problemen von heute zu stellen: „den Fragen nach dem Schutz der Umwelt, nach der Rohstoff- und Energieversorgung, nach der äußeren Sicherheit und dem inneren Frieden, nach der Humanisierung der Arbeitswelt“. Je schwieriger die wirtschaftliche Lage werde, je schwerer es falle, den wirtschaftlichen Wohlstand Jahr für Jahr zu steigern, desto bedeutsamer sei, so der Kardinal, „die Sorge um die gesamtgesellschaftliche Integration der Arbeitnehmer“.

Ende August starb in Bad Reichenhall im Alter von 88 Jahren der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, *Nabum Goldmann*. Goldmann, der hohes internationales Ansehen genoß und zu den Mitbegründern des Staates Israel gehörte, begleitete dessen Politik schon seit den Zeiten Ben Gurions eher aus kritischer Distanz. Große Verdienste hat sich Goldmann um die Aussöhnung zwischen Juden und Deutschen erworben.

In der zweiten Augushälfte hielt sich der Koadjutor des von Johannes Paul II. ernannten Päpstlichen Delegaten für die Leitung des Jesuitenordens, *Giuseppe Pittau* ca. 10 Tage in Ungarn und Polen auf. Während die Jesuiten sich in Polen wenigstens seelsorglich relativ frei betätigen können, ist es ihnen in Ungarn nach dem Verbot der Orden 1950 verwehrt, irgendwelche Werke zu leiten oder Nachwuchs aufzunehmen. Nach einem nach der Rückkehr Pittaus nach Rom veröffentlichten Communiqué der Ordensleitung hat Pittau den kirchlichen und staatlichen Autoritäten in Ungarn, den „starken Wunsch“ vorgetragen, die Genehmigung für die Aufnahme von Novizen und für eigene Einrichtungen zu erhalten. Pittau habe dabei auch im Namen der anderen Ordensgemeinschaften gesprochen.“

Mit scharfen Worten hat sich der Erzbischof von Palermo, Kardinal *Salvatore Pappalardo*, in seiner Predigt beim Sterbegottesdienst für den Anfang September von der Mafia ermordeten und erst wenige Wochen vorher zum Präfekten von Palermo ernannten Carabinieriengeneral *Carlo Alberto dalla Chiesa* an die Öffentlichkeit gewandt. Dabei übte er auch Kritik an staatlichen Stellen: während in Rom geredet werde, gehe Palermo im Terror unter. Während Rom zu langsame und unsichere Maßnahmen ergreife, könnten es sich Terrorismus und Mafia leisten, „offen dem Staat gegenüberzutreten, die Institutionen zu beleidigen und zu demütigen und seine besten Männer zu treffen“.

In einem Brief, der Ende September in die Bundesrepublik gelangte, hat sich der im April dieses Jahres zu 18 Monaten Gefängnis verurteilte tschechische Franziskaner *Jan Barta* (62) an Politiker in der Bundesrepublik und in Österreich mit der Bitte gewandt, für seine Begnadigung einzutreten. In seinem Brief schrieb der schwerkranke Barta, man brauche um ihn nicht viel Aufhebens zu machen, aber alle, die in ihrer kirchlichen Arbeit durch staatliche Maßnahmen gefährdet seien, würden durch seine Begnadigung neuen Mut schöpfen. Viele von ihnen seien durch lange Auseinandersetzungen müde geworden. Durch einen Akt der Solidarität würde der Kirche und seinem Orden geholfen.

Der Bischof von Londonderry, *Edward Daly*, hat erneut den Einsatz von Plastikugeln durch britische Soldaten in Nordirland kritisiert. In einer Erklärung forderte der Bischof ein Verbot der Geschosse. Er warf der Armee weiter vor, mehrfach geltende Gesetze für den Gebrauch von Schusswaffen mißachtet zu haben.

Auf die schwierige Lage der katholischen Kirche in Angola und Mozambique hat der Erzbischof von Braga (Portugal), *Eurico Nogueira*, hingewiesen. Nogueira, der selbst einige Zeit Bischof in Mozambique war, beklagte, daß die Christen in den beiden Ländern unter „Verfolgung, Demütigungen und Einschränkungen auf allen Gebieten“ zu leiden hätten. Der Bischof wandte sich besonders gegen die Beschlagnahmung von Kirchen und Kapellen und deren Umbau in „Vergnügungshäuser“ sowie gegen die Ausweisung von

Missionaren und das über verschiedene Priester verhängte öffentliche Predigtverbot.

Das ugandische Volk drohe an einer „unseligen Allianz von östlichen wie westlichen Interessen“ zugrunde zu gehen. Diese Befürchtung äußerte der Projektleiter von Missio-Aachen, *Piet A. Winnubst*, nach einer Reise durch das Land. Offensichtlich sei der Straßenraub organisiert und der Terror staatlich toleriert, weil die Räuberbanden und die Soldateska ihre Raubzüge mit Regierungsfahrzeugen durchführten. Eine Lösung des Uganda-Problems hängt nach Ansicht von Winnubst vor allem von der Haltung der amerikanischen Regierung ab. Die anstehenden Milliardenkredite der Weltbank sollten zumindest an zwei Bedingungen geknüpft werden: die Entwaffnung der Jugend und die Rückkehr der Parteimilizien in die Kasernen.

Der christliche Studentenfürher *Jabulane Ngwenya* (28) aus Soweto ist am 17. September nach mehr als zehnmonatiger Haft von den südafrikanischen Behörden aus dem Gefängnis entlassen worden. Die Freilassung erfolgte ohne Angabe von Gründen und „völlig überraschend“, wie ein Vertreter des Südafrikanischen Kirchenrates erklärte. Ngwenya war im November vergangenen Jahres ohne Begründung verhaftet worden. Mehrere Monate wurde der schwarze Theologiestudent in Einzelhaft gehalten, später konnte er Besuch empfangen. Die Behörden erhoben keine Anklage, auch gab es kein Verhör.

Der Vorsitzende der mexikanischen Eisenbahnergewerkschaft *Zavala* beschuldigte den Erzbischof von Hermosillo, *Carlos Quintero Arce*, der Verfassungsverletzung und des Aufrufs zum Umsturz. Arce habe sich in einer Predigt, in „politische Probleme“ gemischt. Der Erzbischof hatte in der kritisierten Ansprache die mexikanische Regierung als „unmoralisch und korrupt“ bezeichnet und eine soziale Krise des ganzen Landes vorausgesagt, falls sich die finanziellen Probleme nicht schnellstens bewältigen ließen. Die mexikanische Bevölkerung, so Arce, habe den Glauben an das System verloren.

Beilagenhinweis:
Dieser Ausgabe liegt ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, bei.